

21./VII. 1917

98

* Die „Reichsstelle“ über die Ausfuhrverbote für Gemüse. Die Härelei zwischen der Reichsstelle für Gemüse und Obst und dem Berliner Magistrat, die durch gewisse Bemerkungen gelegentlich der jüngst stattgehabten Besprechung in der Reichsstelle hervorgerufen worden ist, geht leider weiter. Auf die Veröffentlichung des Magistrats über die Frage eines Ausfuhrverbotes antwortet nun wieder die Reichsstelle für Gemüse und Obst folgendermaßen:

Fortgesetzt bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst eingehende Anfragen lassen erkennen, daß die vom Magistrat in Berlin in die Presse gebrachte Nachricht, er sei durch die Reichsstelle zum Erlaß eines Ausfuhrverbotes angeregt worden, werde dieser Anregung aber nicht entsprechen, allgemein mißverstanden worden ist. Die Reichsstelle läßt unter keinen Umständen für Gemüse Ausfuhrverbote zu, welcher Art sie auch sein mögen. Wenn aber eine Stadtverwaltung Gemüse und Obst, das von außerhalb in ihr Gebiet für den Frischverbrauch der Bevölkerung hereingebracht wird, unter Kontrolle nimmt und Maßnahmen dahin trifft, daß die Ware nicht durch gewissenlose Schleichungen wieder hinausbefördert wird, so kann sie unbedingt auf die Unterstützung der Reichsstelle rechnen. Um Ausfuhrverbote im eigentlichen Sinne des Wortes darf es sich dabei nicht handeln, wie der Vorsitzende der Reichsstelle den Magistratsvertreter ausführlich dargelegt hat. Obwohl es nicht in den Aufgabekreis der Reichsstelle fällt, für einzelne Städte inländische Ware aufzukaufen, hat sie neuerdings große Aufkäufe für die Berliner Bevölkerung im Westen und Süden Deutschlands ausgeführt. Die Reichsstelle wird hierin fortfahren, bis die Stadt Berlin in der Lage ist, diese Aufgabe zusammen mit dem Berliner Großhandel selbst durchzuführen. Solange hat die Reichsstelle ein lebhaftes Interesse daran, daß das von ihr nach Berlin gebrachte Gemüse und Obst auch wirklich dort bleibt und den bedürftigen Kreisen zugeführt wird. Sollte hierfür auch nach Inkrafttreten der vom Magistrat beschlossenen Neuregelung des Verkehrs mit Gemüse und Obst keine hinreichende Gewähr geboten sein, so wird die Reichsstelle ihre Anregung auf bessere Kontrolle und Verteilung der nach Berlin eingeführten Ware wiederholen. — Auf eine öffentliche Erörterung der Gründe, weshalb gerade in Berlin die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse und Obst zurzeit noch wenig erfreulich ist, wird die Reichsstelle sich unter keinen Umständen einlassen.